

"Die Auflösung der Kolonialregime" in Le Monde (28. Juli 1945)

Legende: Am 28. Juli 1945 fragt die französische Tageszeitung Le Monde nach der Zukunft der Kolonialreiche und geht dabei insbesondere auf die Entwicklung des politischen Status der französischen Kolonien ein.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 28.07.1945, n° 190; 2e année. Paris: Le Monde. "La liquidation des systèmes coloniaux", auteur:Roc, Pierre , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_auflosung_der_kolonialregime_in_le_monde_28_juli_1945-de-51774329-f329-4570-8462-1eb01e775255.html



Publication date: 05/07/2016

Die Auflösung der Kolonialregime

(Sonderdepesche von *Le Monde*)

Per Opéra-Mondi-Kabel

New York, den 27. Juli

Hat das derzeitige Kolonialregime eigentlich noch viele erklärte Anhänger? Wenn man nach der aktiven Propaganda für die internationale Ausbeutung der Kolonien geht, mag man nicht so recht daran glauben. Was im Besonderen die französischen Kolonien angeht, gäbe es zwei Verfahren, sie aufzulösen: auf nationaler Ebene durch die Bildung einer, wie Gaston Monnerville es sich vorstellt, „Französischen Gemeinschaft“, was unserem Einfluss in der Welt zugute käme, oder auf internationaler Ebene, zugunsten wirtschaftlicher und finanzieller Interessen, die von den Briten und den Amerikanern beherrscht werden.

Man kann nicht umhin, sich die Erklärung zur Kolonialpolitik der Charta von San Francisco in Erinnerung zu rufen, in der die Kolonialmächte sich verpflichten, die noch „abhängigen“ Völker hin zum „self government“ zu führen.

Dabei handelt es sich sicherlich um das Gefühl der amerikanischen Delegation; andererseits interpretierte der mit Treuhandfragen betraute Ausschuss in San Francisco die Einstimmigkeit nicht auf diese Weise.

Es ist bekannt, dass die drei Großmächte auf der Konferenz von Jalta beschlossen, einer den Vereinten Nationen unterstellten Treuhandorganisation die Verantwortung für die Verwaltung der Mandate des ehemaligen Völkerbundes, der dem Feind in diesem Krieg abgenommenen Gebiete und schließlich der Territorien, die sich freiwillig unter die internationale Verwaltung stellen würden, zu übertragen.

In der amerikanischen Presse kam es einige Monate vor der Konferenz in San Francisco zu wiederholten und gut inszenierten Angriffen gegen das Kolonialsystem und insbesondere gegen das französische Kolonialregime.

Für die amerikanische Regierung scheint die Versuchung in der Tat unwiderstehlich, „den abhängigen Völkern in ihrem Kampf für den Fortschritt die Hand zu reichen“, wie Commander Stassen, Chef der amerikanischen Delegation im Treuhandrat der UNO das Interesse der Vereinigten Staaten an den Kolonialangelegenheiten anderer Staaten bezeichnete. Die französische Art, die gegenwärtigen Kolonialvölker zu „befreien“, indem ihnen dieselben Rechte und Pflichten wie den Bewohnern des Mutterlandes verliehen werden, findet jedoch nur Zustimmung bei gut informierten Amerikanern – die in Wahrheit eine sehr kleine Minderheit darstellen. Die anderen glauben aus verschiedenen politischen oder wirtschaftlichen Gründen oder aus einfachem anticolonialistischen Atavismus nur an zwei Methoden: die internationale Ausbeutung der Kolonien, wozu Großbritannien die Idee und die Planung geliefert hat, oder die sofortige Verleihung der Unabhängigkeit. Die erste Methode gäbe den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, sich unter hervorragenden Bedingungen Puerto Ricos zu entledigen; die zweite würde der Entlassung der Philippinen (die wirtschaftlich den Vereinigten Staaten verbunden bleiben und die Einrichtung amerikanischer Militärstützpunkte zulassen werden) in die Unabhängigkeit viel Werbung und den Anschein eines Beispiels verschaffen, dem man folgen sollte.

Was Frankreich angeht, so wurde ihm seine Position vor dem Treuhandrat in San Francisco stark erschwert, denn obwohl wir unseren Freunden in Übersee die Türen unseres Landes weit öffneten, stießen wir in San Francisco nur auf wenige Bekundungen von Sympathie und Verständnis; die arabischen Vertreter, die einerseits unter dem Einfluss der Ereignisse in Syrien, andererseits unter dem des anglo-amerikanischen Blocks und seiner „Kunden“ standen, verhehlten nicht, dass sie ausschließlich an der gemeinsamen Ausbeutung der Kolonialgebiete oder einer schnell erfolgenden Unabhängigkeit interessiert sind.

Theoretisch befand Frankreich sich in einer ausgezeichneten Position; praktisch gesehen und angesichts der sich gegenseitig übertreffenden Angebote der einen und der anderen sah sich Frankreich einer Art

Erpressung gegenüber: Entweder gab es seine Zustimmung dazu, den Völkern, die in das Treuhandsystem einbezogen werden, ihre Unabhängigkeit zu geben und den anderen kolonisierten Völkern zum „self government“ zu verhelfen, oder es würde sich im Treuhandrat und in der amerikanischen Presse heftigen Angriffen ausgesetzt sehen.

Die Vertreter einiger kleiner Staaten haben jedoch die Falschheit dieser Haltung erfasst; ihre Sympathie für Frankreichs These wurde durch die Vielzahl der Debatten und die massiven Stimmen des Blocks, der sich aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Südamerika und den arabischen Ländern zusammensetzt, hinweggefegt. Holland sah sich übrigens in derselben Situation wie wir; Kanada, Haiti, Äthiopien, die Tschechoslowakei und andere hätten sicher mit großer Genugtuung gesehen, wenn die Versammlung vernünftiger geworden wäre und vermieden hätte, sich in Bereiche vorzuwagen, in denen sie eine ebenso große Unwissenheit wie Großzügigkeit zeigte, denn alles in allem entschied sie mit einer erstaunlichen Lässigkeit über das Schicksal der Kolonialmächte Frankreich und Holland – von den anderen einmal abgesehen. China zeigte sich gemäßigt. Die UdSSR versuchte, die Diskussion innerhalb des in Jalta festgesteckten Rahmens zu halten. Sie musste darauf verzichten und verteidigte das Prinzip der freien Wahl und den Weg zur nationalen Unabhängigkeit, auf dem die Union der sowjetischen Republiken beruht.

Es gab in dem Ausschuss also Elemente, die mit Freude die Rückkehr zu einer vernünftigeren Haltung begrüßt hätten; was das Eingeständnis erlaubte, dass die Vereinten Nationen zwar über die Zukunft der Völker, die unter ihrem Treuhandmandat stehen, bestimmen könnten, dass es jedoch trotz allem etwas kühn schien, mit einem Schlag die bestehenden Kolonialreiche aufzulösen. Indem hier der Panarabismus, da der Panafrikanismus und dort der Panasiatismus verkündet wurde, hofft man, bald das gegenwärtig noch existierende Kolonialsystem zugunsten einer möglichst internationalen Organisation aufzulösen.

Das Höchste, was der französische Vertreter erreichen konnte, war, in Erinnerung zu rufen, dass nichts von dem abgestimmten Text eine Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten eines Landes rechtfertigen oder erlauben könne, so wie es übrigens ausdrücklich in der Charta festgelegt ist. Es ist im Übrigen vor auszusehen, dass diese Klausel insofern beachtet werden wird, als die von einer Einmischung bedrohten Staaten in der Lage sein werden, diese durchzusetzen.

Angesichts dieser Bestrebungen und deren Ausdrucksformen ist es schwierig zu beurteilen, was die Zukunft für unsere Überseegebiete bereithält. Es hängt allerdings nur von uns ab, die Bevölkerung dieser Gebiete an uns zu binden, indem wir endlich eine mutige Politik betreiben, deren Aufrichtigkeit und wahre Menschlichkeit sie schnell erkennen. Dies schließt für den britischen und amerikanischen Handel nicht die Möglichkeit aus, bei uns Märkte und Rohstoffe zu finden; aber es würde ein für allemal die Möglichkeit ausschließen, dass gewisse ausländische und französische wirtschaftliche Bestrebungen im Namen einer fragwürdigen Moral das Werk der Zivilisation und der Humanisierung bedrohen, das Frankreich geschaffen hat.

Gaston Monnerville, Präsident der Kolonialkommission bei der Beratenden Versammlung, fordert die gleichen Rechte und Pflichten für die Bevölkerung des Mutterlandes und der Überseegebiete. Es obliegt dem Land selbst, seinen Willen kund zu tun und den Vereinigten Staaten zu beweisen, dass Frankreich ganz allein in der Lage ist, sein Kolonialsystem zu ändern. Wenn man nicht Acht gibt, laufen die überholten und anachronistischen Formen dieses Systems Gefahr, eine unaufhörliche Quelle von moralischen Missverständnissen und politischen und wirtschaftlichen Reibereien zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu werden.

Pierre Roc